



KCNA / AFP

Fußnote

10 Millionen

Dollar Taschengeld hat Simbabwe Diktator für sich und seine Entourage auf die Reise zur Uno-Vollversammlung nach New York mitgenommen. Davon profitierten mehr als 70 Personen, darunter seine Frau, Kinder und Enkelkinder. Unter Robert Mugabes Regime ist sein Land zu einer der ärmsten Volkswirtschaften der Welt verkommen. Seit Langem herrscht notorische Knappheit an Bargeld.

Ungarn Orbáns heißer Herbst

Im Frühjahr wird gewählt, und Premier Viktor Orbán ist bereits im Wahlkampf. Am besten läuft es für ihn, wenn er sich seinem Volk als Beschützer gegen innere und äußere Feinde präsentiert: 2010 ging es gegen korrupte postkommunistische Eliten, 2014 gegen Flüchtlinge. 2018 geht es nun gegen angeblich vom Ausland bezahlte Unruhestifter. Diese wollten dem Heimatland einen „heißen Herbst“ bereiten, behauptet Orbán. Gemeint ist damit vor allem der in den USA lebende jüdische Milliardär George Soros, der angeblich antiungarische Machenschaften finanziert. Im Frühjahr war Orbán mit einem

Sondergesetz gegen die von Soros gesponserte Universität in Budapest vorgegangen. Der Vizevorsitzende der Regierungspartei Fidesz, Szilárd Németh, warnte vor Nichtregierungsorganisationen, die „Aufwiegelei“ betrieben, um die „innere Ordnung Ungarns“ zu stören. Fidesz-Leute verbreiteten, der Geheimdienst rechne mit „Auf-



DANIEL BISKUP / LAIF

Orbán

ruhr und gewalttätigen Aktionen seitens der Opposition“. Ein regierungsnahes Nachrichtenportal denunzierte Journalisten, die für ausländische Medienhäuser arbeiten, als „Verräter“. Für den Oktober ist nun eine Art Volksbefragung gegen den sogenannten Soros-Plan vorgesehen. Dieser besage – so behauptet Fidesz allen Ernstes –, dass der Milliardär jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aus Afrika und Asien in die EU und nach Ungarn schaffen wolle. Die „christliche und nationale Identität“ des Landes sei dadurch in Gefahr. Orbán sagt, nur er und Fidesz seien fähig, den Untergang des Landes zu verhindern: „Soros wird alles in seiner Macht Stehende tun, damit in Ungarn eine Regierung gewählt wird, die nach seiner Pfeife tanzt.“ jpu

Nigeria Ein zweites Biafra

Emmanuel Ogbunwezeh, 44, Afrika-Referent der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, wirft dem nigerianischen Militär Mord und Folter vor.

SPIEGEL: Im Südosten des Landes gibt es neue Forderungen nach Unabhängigkeit – dort lebt vor allem die Volksgruppe der Igbo. Was treibt sie an?

Ogbunwezeh: Die Igbo fühlen sich an den Rand gedrängt. Von den Milliarden Gewinnen aus dem Öl, das im Süden Nigerias gefördert wird, kommt in ihrer Region wenig an. Die jungen Leute sind arbeitslos und haben keine Zukunftsperspektive.

SPIEGEL: In der Region riefen Separatisten 1967 den Staat Biafra aus, es kam zum Krieg. Nun geht das Militär massiv gegen Biafra-Aktivistinnen vor.

Ogbunwezeh: Ja, es will die Bewegung im Keim erstickt und verletzt dabei systematisch Menschenrechte. Wir schätzen, dass die Sicherheitskräfte in den vergangenen zwei Jahren 300 Aktivistinnen der Unabhängigkeitsbewegung getötet haben. Zudem

hat die Regierung jetzt auch noch eine der Igbo-Gruppen offiziell zu einer Terrororganisation erklärt – stellt sie also mit den Mördern von Boko Haram auf eine Stufe.

SPIEGEL: Gibt es für die Untaten der Armee Beweise?

Ogbunwezeh: Uns liegen zahlreiche Amateurvideos, Fotos und Augenzeugenberichte vor. Sie dokumentieren, dass die Soldaten auch Zivilisten foltern und ermorden.

SPIEGEL: Droht Nigeria auseinanderzubrechen?

Ogbunwezeh: Wenn sich der Konflikt weiter verschärft, ist das nicht ausgeschlossen. Nigeria könnte untergehen wie einst Jugoslawien.

SPIEGEL: Könnte es zu einem zweiten Biafra-Krieg kommen?

Ogbunwezeh: Ich bete, dass dies nicht geschieht. Wenn es aber dazu kommt, werden Millionen Menschen fliehen, und wir werden eine Tragödie erleben, wie sie die Welt seit dem Völkermord in Ruanda nicht mehr gesehen hat. ill



LEKAN OYEKANMI / PICTURE ALLIANCE / DPA

Igbo-Aktivist